



### Verzicht ist keine Politik

sp - Aus Kreisen der Regierungsparteien war zu Beginn dieser Woche zu hören, daß Bonn nicht die Absicht habe, irgend etwas zur Normalisierung der Beziehungen zu den Staaten im Osten zu tun. Gemeint sind die Staaten Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Bulgarien und Rumänien. Auch das Verhältnis zu Jugoslawien soll so bleiben, wie es ist. Die Begründung lautet, man hätte Zeit, da Chruschtschow als Form der Auseinandersetzung zwischen Ost und West neuerdings den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf angekündigt habe.

Diese Haltung und ihre Begründung sind unlogisch. Das Fehlen normaler Beziehungen zu den genannten Staaten im Osten ermöglicht es der sogenannten DDR, in Prag, Warschau, Budapest, Sofia, Bukarest und Belgrad allein "für Deutschland" zu sprechen. Die Bundesregierung dagegen verzichtet freiwillig auf die Normalisierung von Beziehungen, durch die in keiner Weise die Existenz der "DDR" zementiert werden kann. Das ist nämlich die zum Teil offen, zum Teil hintergründig geäußerte Begründung für den Verzicht auf die Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den genannten Staaten.

Die "DDR" setzt sich dort immer mehr fest. Sie spricht "im Namen Deutschlands", baut ihre Handelsbeziehungen kräftig aus und verhindert allein durch ihre Anwesenheit die Anbahnung ernsthafter politischer Gespräche und den Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen zu Bonn.

Die Dinge sind heute schon zum Teil so weit, daß der Mangel an Initiative der offiziellen Bonner Außenpolitik in diesen Ländern es fraglich erscheinen läßt, ob man dort überhaupt noch Wert auf die Anbahnung normaler Beziehungen legt. Indirekt verhelfen die Regierung und ihre Mehrheit im Parlament durch ihr Verhalten dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow zu einem erfolversprechender Start seiner angekündigten Wirtschaftsoffensive gegen den Westen. Direkt aber ist dieses Verhalten Bonns die Verzichtserklärung auf das aktive Eingreifen in den jetzt zwischen den USA und der Sowjetunion sich abzeichnenden Entspannungsprozeß.

Es wird oft gesagt, die Aufnahme normaler Beziehungen zu den Staaten im Osten bedeute die de-jure-Anerkennung der Existenz des Zonenstaates, weil ja dann zwei deutsche Botschaften nebeneinander in diesen Ländern existieren würden. Bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion im Jahre 1955 hat die Bundesregierung in einem besonderen Schreiben erklärt, daß mit diesem Akt keineswegs die Anerkennung der sogenannten DDR verbunden sei. Moskau hat diesen Standpunkt zwar nicht akzeptiert, aber ohne mit der Wimper zu zucken zur Kenntnis genommen.

Im Augenblick liegen die Dinge in den anderen Staaten des Ostens noch genau so. Auch dort würde man - das weiß man aus vielen Gesprächen mit namhaften Persönlichkeiten dieser Länder - eine ähnliche Zusatzserklärung, wie die anlässlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Moskau abgegebene, akzeptieren. Wie die Dinge sich jedoch entwickeln, wenn man noch länger wartet, ist sehr problematisch.

Es könnte der Zeitpunkt kommen, an dem man uns sagt, "Ihr habt ja nicht gewollt". Dann wäre die Bundesrepublik noch mehr isoliert von dem allgemeinen Entspannungsprozeß zwischen Ost und West, als sie es im Augenblick schon ist.

6. Oktober 1959

### Vor den britischen Wahlen

Von Dr. Erhard Eckert - z. Zt. London

Ganz Grossbritannien im Wahlfieber? Für den Kontinentaleuropäer fehlen die äusseren Anhaltspunkte, denn er sieht in den Strassen und auf den Plätzen nur eine geringe Zahl von Wahlplakaten, und die Versammlungen, in ihrer Masse schwach besucht - vier Prozent der Bevölkerung gehen in Meetings -, verlaufen zumeist förmlich, sachlich und monoton. Hatten die Tories also doch recht, wenn sie auf einen ruhigen Wahlkampf getippt hatten? Der Lärm in der Presse, der in den letzten Tagen vor dem 8. Oktober immer lauter und hitziger geworden ist, und das in diesem Ausmaße unerwartete Interesse des Volkes an den Wahlsondersendungen des britischen Fernsehens - 40 Prozent der Bevölkerung sitzen vor den televisionsscreens - hat diese Hoffnung der Macmillan-Regierung zerschlagen.

#### Labour gewann Fernsehschlacht

Dazu kommt, dass die Fernsehschlacht, von den besseren und mutigeren Experten Labours gegen die konventionellen und phantasielosen Konservativen haushoch gewonnen, den Zulauf zu den Versammlungen, so gering er verhältnismässig auch sein mag, nicht gestoppt, sondern in zahlreichen Fällen noch erhöht hat, wozu die "big bosses" beider Parteien gemeinsam profitierten. Gaitskells 25 000-Mann Meeting unter Liverpools freiem Himmel ist allerdings eine der ganz wenigen Ausnahmen "nach oben". Schliesslich hat der Voraus-Wahlkampf der verschiedenen "polls", von Gallup bis zum "Daily Express", die innere und äussere Anteilnahme der britischen Wähler an dem Ausgang dieser wichtigen "general elections" noch mehr intensiviert. Das in wenigen Tagen erfolgte Zuklappen der "Schere" des Tory-Vorsprungs von 8,5 Prozent auf Null hat die aufrüttelnde Ungewissheit über den Sieger vom 8. Oktober gesteigert - 18,5 Prozent der potentiellen Wähler liefen am Sonntag noch unter "don't know" - und zugleich den Kampf der Parteien gegeneinander eine für den Kontinentaleuropäer oft unglaubliche Schärfe gegeben.

#### Harter Wahlkampf

Schimpfworte wie "Betrüger" oder "Narr" gehören zu den gängigsten Wahlkampfmaterialien, und das Erstaunen des Beobachters von "jenseits des Kanals" wird noch grösser, wenn er feststellen muss, dass auch die Zeitungen mit derartigen Verbalinjurien gegen den Parteigegner losgehen. Tröstlich ist dabei sicherlich die immer ungefragt gegebene Versicherung, dass spätestens am 8. Oktober alles wieder vergessen sei. Als gebranntes deutsches Kind ist man aber trotzdem unsicher als Auswächse erkennbare - Vorfälle besorgt, wie etwa den in Buckingham, wo die Tories den Labour-Kandidaten Armeehauptmann Jan Maxwell (36), der mit 15 Jahren nach England gekommen ist, als "tschechischen Nichtbritten" beschimpften, oder wie den in dem Südnorfolk-Dörfchen Geldstone, wo der Besucher erschrockener Zeuge war, als eine alte Tory-Grossbäuerin laut schimpfend mit Ziegelsteinbrocken gegen das Labour-Wahlauto losging. Toleranz und Fairness geraten, wie man sieht, in Wahlkampfzeiten sogar dort in Gefahr, wo diese Begriffe ein stolzes Charakteristikum eines ganzen Landes sein wollen.

### Innenpolitische Themen überwiegen

Das wahlplakatlose Gesicht Grossbritanniens entspricht sicher nicht dem Wunsche der beiden grossen Parteien, denn beide Hauptquartiere, die im riesigen London ironischerweise dicht beieinander liegen, haben im Gegenteil zahlreiche verschiedene Plakate drucken und verteilen lassen. Auf ihnen ist im knappsten Text die wichtigste Besonderheit dieses britischen Wahlkampfes vom September-Oktober 1959 zu erkennen: Gaitskells Labourleute und Macmillans Konservative fechten diesen nicht nur für die nächsten fünf Jahre entscheidenden Wahlstreit vor allem auf innenpolitischem Felde und mit innenpolitischen Parolen aus. Die Aussenpolitik - z.B. Gipfelkonferenz, Nahost, Afrika usw. - spielt in dem homerischen Kampf der "big bosses" eine sicher gewichtige Rolle, die Wehrpolitik ist aber auch hier in den Hintergrund getreten. Grossbritanniens Wahlkampf 1959 kennt, wenn nicht im letzten Augenblick eine völlige Wandlung eintreten sollte, andere Hauptschlagzeilen: Renten und Pensionen, Preise, Löhne und Steuern, Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit sowie Erziehungsprobleme, wie das von Labour verfochtene "comprehensive" Schulsystem, das den ganzen Schulablauf von unten nach oben in einen engeren Zusammenhang bringen soll.

### Tägliche Pressekonferenzen

Der Kampf dieser Schlagzeilen findet seine unermüdlich sprudelnden Quellen in den täglichen, sehr ergiebigen und überaus wirksamen Pressekonferenzen der beiden Londoner Parteihauptquartiere; in den Fernseksendungen, die, zu je fünf für die Konservativen und für Labour, von der BBC mit je insgesamt 95 Minuten kostenlos übertragen worden sind; in den Meetings der "Grossen" und schliesslich in den vielen Interviews, um die sich alle Zeitungen bei allen Spitzenpolitikern aller Parteien bemühen, und die sie auch erhalten. Bleibt, um das wichtige Kapitel "Presse im britischen Wahlkampf" abzuschliessen, noch die Feststellung, dass Labour hierbei nur sehr geringe Unterstützung findet, weil fast alle grossen Zeitungen offen oder weniger offen für Macmillans Tory-Programm "Keine Experimente" Partei ergreifen. Die sogenannten "unabhängigen" Organe sind dabei nicht auszunehmen, denn was sich beispielsweise der "Daily Express", das Boulevardblatt des "Empire"-Propagandisten Lord Beaverbrook, als "The independent Paper" leistet, das hat auch für kontinentaleuropäische Augen nichts mehr mit diesem Begriff zu tun. Der fast komisch wirkende Wutausbruch der einzigen Labour-Tageszeitung "Daily Herald": "Wer der 'Daily Express' küsst, der stirbt daran", ist daher einigermaßen begreiflich.

Englands "hecklers", bei uns weniger romantisch "Zwischenrufer" genannt, toben sich, manchmal sogar mit Lautsprechern, in den Meetings der "Grossen" aus, wovon Macmillan und Aneurin Bevan ein Lied zu singen haben. Die Durchschnittsversammlungen dieses britischen Wahlkampfes, allabendlich von Tausenden höchst disziplinierter Wähler besucht, bringen den ausländischen Zuhörer im Wiederholungsfalle in die unmittelbare Gefahr des Einschlafens. Wenn man sich erst einmal an die förmlichen Umstände mit der Zentralfigur des "Mister Chairman" gewöhnt hat, dann wundert man sich weder darüber, dass der Redner seine Worte immer wieder an eben diesen chairman und nicht an die Zuhörer richtet, noch über diese Zuhörer selbst, für die Beifall oder

Missfallen offenbar unbekannte Äusserungsmöglichkeiten sind, es sei denn als dankbare Anerkennung der Tatsache, dass der Redner endlich Schluss gemacht hat.

#### Schwere Arbeit für Parlamentskandidaten

Parlamentskandidat in Grossbritannien zu sein, ist nicht nur deshalb ein hartes Brot. Wenn er sich auch auf ausgezeichnete Unterlagen stützen kann, die von der Parteiorganisation auch in den Zwischenwahlzeiten auf den neuesten Stand gebracht werden und z.B. eine ziemlich genaue Erfassung der Parteianhänger-Verteilung in den einzelnen Distrikten ermöglichen; wenn er auch die Generalstabsorganisation des gesetzlich vorgeschriebenen "Election Agents" zur Verfügung und hinter sich hat; wenn ihm auch in einem etwa für Westdeutschland oft unbekanntem Ausmaße die Hilfe der Parteimitglieder, der "comrades", sicher ist; so muss der Kandidat doch auch selbst hart einsteigen und schwer arbeiten.

Eine Mehrtage-Beobachtung in einem ländlichen Distrikt im ländlichen Süd-Norfolk, nordöstlich von London, lässt die Aussage zu, dass die Art dieser Wähler"bearbeitung" beispielhaft ist. Alltäglich hält sich der Kandidat in einem vorgeschriebenen engem Gebiet auf, wo er - in den meisten Fällen von seiner Frau unterstützt, deren Einsatz als privatpersönliche Hilfe ihres Mannes einzigartig ist - von Haus zu Haus und von Wohnung zu Wohnung geht, sich dort als Kandidat vorstellt, um die Wahlstimme bittet ("support for the big day") und sich mit wenigstens einigen freundlichen und interessierten Worten nach den jeweiligen Sorgen und Ästen erkundigt. Die Parteiorganisation hat vorgearbeitet und jedem Wähler Drucksachen zugeschickt, so dass der Kandidat in vielen Fällen schon sein Bild oder "window-posters" mit den Appellen "We want Wallace" oder "Vote for Steward" in den Fenstern vorfindet; diese einmalige Zusendung an alle Wähler ist übrigens für alle Parteien portofrei.

#### Dutzende von Lautsprecherreden

Neben den Haus- und Wohnungsbesuchen hält der Kandidat alltäglich Dutzende von kurzen Lautsprecher-Reden aus seinem Wagen irgendwo in einem kleinen Dorf, vor ein paar Häusern am Strassenrand, in einer kleinen Arbeitersiedlung. Manchmal grüsst jemand aus dem Fenster mit dem "V"-Zeichen (V für Victory - Sieg), manchmal kommt eine Frau zu einem kurzen speech auf die Strasse, manchmal winkt ein vorüberfahrender Mann aufmunternd zu; oft aber spricht der Kandidat ungerührt und unentwegt "ins Blaue" hinein, in dem Bewusstsein, dass die Dorf- oder Siedlungsbewohner am Abend nach der Arbeit die Lautsprecherworte diskutieren werden, womit der Zweck der Anstrengung erreicht wird, die abends mit einer Serie von Kurz-Meetings endet. Die Mühe wird dabei noch durch den für deutsche Wähler höchst ungewöhnlichen Tatbestand vermehrt, dass sehr viele britische Abgeordnete in ihrem Aufstellungsgebiet weder ansässig noch zuhause sind.

6. Oktober 1959

Trotzdem hört der Kandidat fast immer ein freundliches Wort, weil der britische Wähler grossen Wert darauf legt, seinen Abgeordneten gesehen, ihm die Hand gedrückt und ein "glad to see you" gewechselt zu haben. Dann machen sich die Wähler auch am Wahl-Werktag (Wahlen am Sonntag scheitern am Widerstand nicht nur der Kirchen) trotz aller Arbeitsmüdigkeit zur Stimmabgabe auf, was draussen am Lande oft eine längere Fahrt oder einen langen Marsch bedeutet.

#### Unwägbarkeiten

Ob am 8. Oktober die Konservativen wieder die Regierung übernehmen werden oder ob Labour an die Macht kommen wird, das hängt von einer so grossen Zahl von Unwägbarkeiten ab, dass kein Brite, auf Herz und Nieren befragt, eine Aussage wagt. Man glaubt aber, es in den Fingerspitzen fühlen zu können, dass sich die Waagschale zugunsten Labours senken wird. Eine möglicherweise nur schmale Mehrheit bereitet den Arbeiterparteilern jedoch jetzt schon Kopfschmerzen, weil sie an die unglückselige Situation von 1950/51 denken. Welche Parolen aber auch immer auf den Wähler bis zum 8. Oktober noch einhämmern werden, welche politische Situation sich nach aussen und innen entwickeln mag; eine ausschlaggebende Rolle wird die Antwort auf die Frage spielen, welcher der beiden Gegner seine Leute am vollzähligsten an die Stimmurnen heranbringen kann und wird. Die Parteiorganisationen werden ihren ganz grossen Tag haben, einen Tag, an dem der Manager allein das Wort hat. Die Labour-Bosse hoffen auf gutes Wetter und auf ein schlechtes Fernsehprogramm, wobei sie mit Besorgnis das Ergebnis eines Sonder-"polls" vermerken, dass bei gutem oder schlechtem Wetter zwar 84 Prozent der befragten Konservativen, aber nur 67 Prozent der Labourleute auf jeden Fall wählen wollen.

"Sie hatten es noch niemals so gut ..."

Vielleicht aber trägt dieser "poll", denn inzwischen hat sich bei den Labour-Wählern und auch ausser diesen Kreisen gegen den Tory-Slogan, dass die Briten es noch nie so gut wie jetzt gehabt hätten und dass man deshalb Labour nicht an die Regierung kommen lassen dürfe (die Parallele zu den Wohlstands- und Keine-Experimente-Sprüchen der Adenauer-CDU ist frappierend) die bittere Labour-Gegenparole weit herumgesprochen: "Sie hatten es noch niemals so gut"; nämlich die Tory-Nutzniesser der letzten fünf Macmillan-Jahre.

+ + +

Zehn Jahre DEMOKRATISCHE GEMEINDE

K.U. - In einem Aufsatz über den Wiederaufbau von West-Berlin schrieb die Londoner "Times" vor kurzem: "Ohne in der westdeutschen Politik Partei zu ergreifen, kann man sagen, daß von Sozialdemokraten geleitete Städte im allgemeinen auf dem Gebiet des Bauwesens bessere Arbeit geleistet haben. Vielleicht, weil den Energien der Partei Ventile in anderen Richtungen versagt blieben, haben sich diese Energien so erfolgreich auf das Bauen gerichtet, und zwar nicht nur von Wohnungen und Häusern, sondern auch von Theatern, Schulen, Straßen und Parks".

Den sozialdemokratischen Kommunalpolitikern sagt die "Times" mit ihrem Kompliment nichts Neues, aber es trifft sich gut, daß hier ein den Deutschen gegenüber recht kritisch eingestelltes Weltblatt einmal einen Tatbestand bestätigt hat, der manchen Zeitgenossen in der Bundesrepublik ein Dorn im Auge ist. Die CDU/CSU freilich dreht den Spieß auf die ihr eigene Weise um: eben weil die Sozialdemokraten in den deutschen Gemeinden so hervorragende Aufbauarbeit geleistet haben, muß ihr Einfluß dort, wo sie das Heft in der Hand halten, schleunigst gebrochen werden, die SPD könnte sonst am Ende über die Rathäuser und die Länderparlamente in die Bonner Regierungsverantwortung gelangen.

Wie kommt es, daß die Sozialdemokraten mit soviel Erfolg in den Gemeinden an die Aufbauarbeit gegangen sind? Es gibt dafür eine Reihe von Gründen. Sie liegen nicht zuletzt in der von Sonderinteressen unbelasteten Verantwortungsfreude und in den reichen kommunalpolitischen Erfahrungen, die ihre Partei durch Generationen ansammeln konnte. Sie liegen aber auch in einem starken Zusammengehörigkeitsgefühl der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker untereinander. Ihr Blick reicht seit jeher weiter als nur in Sichtweite des lokalen Kirchturms. Noch gibt es außer der SPD selbst keine Organisationsform, die sie untereinander verklammert, aber sie haben sich in einer Zeitschrift ein alle Länder- und Gemeindegrenzen überspannendes Bindeglied geschaffen. Dieses Bindeglied, die Monatsschrift für Kommunalpolitik in Stadt und Land, "DIE DEMOKRATISCHE GEMEINDE", besteht in diesen Tagen, und deshalb ist hier von ihr die Rede, zehn Jahre.

Vor zehn Jahren, im Oktober 1949, erschien erstmals wieder nach sechzehnjähriger Unterbrechung mit der "DEMOKRATISCHEN GEMEINDE" eine kommunalpolitische Monatsschrift sozialdemokratischer Prägung. Die in ihr als Erste das Wort nahmen, waren ungebrochene Kämpfer für eine bessere Welt, kommunale Fachleute und politische Menschen zugleich. Unter



ihnen waren jene Freunde, die inzwischen die Erde deckt, u.a. Ernst Reuter, Wilhelm Mellies, Carl Severing, Louise Schröder, Robert Görlinger und Walter Kolb.

Heute kann "DIE DEMOKRATISCHE GEMEINDE" von sich sagen, daß sie nicht nur nach Auflagenstärke, sondern auch nach ihrem Ansehen unter den kommunalpolitischen Zeitschriften der Bundesrepublik an führender Stelle steht. Ihre publizistisch-politischen Wirkungen reichen weit über den Kreis der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker hinaus. Ihre Stimme wird bei den kommunalen Spitzenverbänden ebenso gehört wie in den parlamentarischen Körperschaften und Verwaltungsorganen des Bundes und der Länder. Vor den Führungsgremien der SPD, vor den sozialdemokratischen Fraktionen im Bundestag und in den Landtagen ist sie der beredteste Anwalt der kommunalen Sache.

Als kommunale Zeitschrift, die sich vor allem an die sozialdemokratischen Mitglieder der gemeindlichen Vertretungskörperschaften wendet, trägt "DIE DEMOKRATISCHE GEMEINDE" nicht nur dazu bei, die Kenntnis der Kommunalpraktiker über die Natur des Kommunalwesens ständig zu mehren, sie hat sich - als eine moderne Zeitschrift - vornehmlich auch dem Erfahrungsaustausch der Kommunalpolitiker untereinander verschrieben. Wesentliches Anliegen ist ihr die Förderung der Erkenntnis unter den Kommunalpolitikern, daß die politische Arbeit in der Gemeinde verantwortungsfreudige, zu persönlichen Opfern bereite und der Bürgerschaft uneigennützig dienende Persönlichkeiten fordert.

Das zehnjährige Bestehen ist der "DEMOKRATISCHEN GEMEINDE" Anlaß, ihr Oktober-Heft 1959 als Jubiläums-Ausgabe herauszugeben. In mehr als zwanzig Beiträgen unternehmen es namhafte sozialdemokratische Kommunalpolitiker, den Standort sozialdemokratischer Kommunalpolitik unserer Zeit zu bestimmen und Markierungspunkte für die Weiterarbeit an der Formulierung eines sozialdemokratischen Kommunalprogramms zu setzen. Daß bei allen Perfektionismus unseres Verwaltungslebens den sozialdemokratischen Kommunalpolitikern der "kämpferische Geist" der Vergangenheit noch nicht abhanden gekommen ist, dafür liefert in diesem Heft die kritische Auseinandersetzung des Kieler Oberbürgermeisters Dr. Hans Müthling mit dem soeben veröffentlichten Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesfinanzministerium "Zur gegenwärtigen Problematik der Gemeindefinanzen" den besten Beweis.



### Atomwaffenfreie Balkanzone durch die Hintertür?

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Als der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow vor Monaten während seiner Albanienreise den Vorschlag einer "atomwaffen- und raketenfreien Balkanzone" zur politischen Diskussion stellte, war das Echo darauf in Athener Regierungskreisen weder freundlich noch gar zustimmend. Vielmehr sprachen alle Anzeichen dafür, daß den in Griechenland bereits stationierten Kurzstreckenraketen bald auch Langstreckenraketen folgen sollten. Jetzt, nach dem Besuch des Kremngewaltigen in den USA und seinen vor der UNO gemachten "absoluten Abrüstungsvorschläge" hingegen scheint es, daß die "atomwaffen- und raketenfreie Balkanzone" durch die Hintertür und ohne eine formale Vereinbarung doch politische Wirklichkeit werden könnte.

Wie in der griechischen Presse unter Berufung auf "sichere Quellen" betont wird, stellt man in griechischen Regierungskreisen die Frage nach der Installierung von Raketenbasen nicht mehr. Ja darüber hinaus wird als endgültig angesehen, daß es zur Errichtung solcher Basen nicht mehr kommen wird.

Eine solche entscheidende Wandlung in der Einschätzung der strategisch-politischen Lage ist zweifellos überraschend. Noch gestern glaubte die Athener Regierung, die Sicherheit Griechenlands, der Bestand der NATO und damit auch die Zukunft der freien Welt hingen von einer raketenbaseninstallierten Südostflanke der NATO ab. Jede Verhandlung über eine regionale "atomwaffen- und raketenfreie Balkanzone" wurde deswegen mit politischem Selbstmord gleichgesetzt.

Nachdem die erste Runde der Doppelbegegnung Eisenhower - Chruschtschow die oberste Eisschicht aufgetaut hat, scheint man sich auch in politischen Kreisen Athens zu der Einsicht durchzurängen - wie es die unabhängige griechische Zeitung "Vima" formulierte -, daß es paradox und sinnlos sei, in einer Zeit, da man über eine allgemeine Abrüstung zu diskutieren beginnt, nukleare Raketenbasen zu installieren.

Wenn sich die abzeichnende Entwicklung tatsächlich politische Wirklichkeit werden sollte, so bleibt eigentlich nur noch die Frage unbeantwortet, weshalb man auf eine regionale, Kontrollmaßnahmen vorsehende Formalvereinbarung verzichten will. War es doch auch in griechischen Kreisen, daß man Bulgarien bzw. Albanien bereits installierter Raketenbasen verdächtigte.

Gleichgültig jedoch, ob die politisch-strategische Neukonstellation vertraglich fixiert wird oder nicht, steht ihr positiver Beitrag zur Entspannung außerhalb jeder Diskussion. In Belgrader politischen Kreisen fand die griechische Haltung bereits große Beachtung. Es wäre nur zu wünschen, daß man in anderen Hauptstädten auch die Zeichen der Zeit rechtzeitig verstehen und neue Initiativen entwickeln wollte.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel